Nr.	Thema	Maßnahme	Begründung			
	1. Maßnahmen zu Transformationsprozessen					
1.1	Vom Fossilen zum Erneuerbaren Zeitalter bis 2040	Wir fordern ein verbindliches Gesamtkonzept für Deutschland und RLP zu beschließen, wie die Einsparung von 30 % des Endenergieverbrauchs und der Ausbaupfad der Erneuerbaren zu 100 % des Energieverbrauchs bis 2040 sozial gerecht umgesetzt werden.	Es reicht nicht aus, eine notwendige CO2-Bepreisung durchzusetzen und zu hoffen, dass der Markt schon alles regelt, damit die Klimaschutzziele von Paris erreicht werden. Marktmechanismen werden das nicht schaffen, hier liegen genügende negative Erfahrungen auch aus anderen Bereichen vor!  Das Erfolgsrezept: die Maßnahmen wirksam umsetzen, die in diesem Konzeptpapier formuliert sind!  Kommentar  FFF & Grüne-Jugend fordern Netto-Null bis 2035  Grüne Jugend und FFF fordern Kohleausstieg bis 2030. Ein noch früherer Ausstieg ist erwünscht  Jusos fordern: Vollständiger Braunkohleausstieg zum Jahr 2022 ohne Kompensation durch anderweitige, umweltschädliche Energieerzeugung!			
1.2	Sozialökologische Transformation	Im Kontext zum Klimaschutzkonzept RLP 2019 haben wir uns bezüglich sozial-ökologischer Transformation auf die Kosten und die Bürgerbeteiligung bei Investitionen für die Klimaschutz- und Energiewendemaßnahmen konzentriert:  Steuern und Abgaben sind grundsätzlich sozial gerecht zu verteilen. Für Einkommensschwache und beruflich bedingte Pendler vom Land, die keine ÖPNV-Anbindung haben, dürfen keine Mehrkosten entstehen. Es sollen Mittel- und Unterzentren gefördert werden, um übermäßigen Pendlerverkehr zu verringern.  Eine "Rabattierung", wie bei der EEG-Umlage, für die Industrie, die nicht im globalen Wettbewerb steht, darf es nicht mehr geben.  Die Landesregierung setzt sich über den Bundesrat dafür ein, dass eine angemessene CO2-Steuer eingeführt wird. Ein Teil der Steuern wird den	Die sozial-ökologische Transformation ist der entscheidende Hebel, um die notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen für eine nachhaltige und sozialverträgliche Lebens- und Wirtschaftsweise zu erreichen. Mit dieser Transformation wird das Jahrhundertprojekt "Klimaschutz/Energiewende" gerecht und sozial verträglich umgesetzt und dabei die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern deutlich erhöht.  Kommentar  JuSos & Grüne Jugend: Teile der Einnahmen aus der CO2-Steuer sollten auch der Forschung zufließen.  Grüne: Rest des Geldes für Umweltministerium			

		Bürgern unbürokratisch (z.B. Fixbetrag pro Haushalt) wieder zurückbezahlt, ein Teil wird als Förderung zum Ausbau der Erneuerbaren verwendet.  ➤ Die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel ist für Jugendliche, Auszubildende, Studierende und Rentner grundsätzlich kostenfrei. Für Erwachsene werden ein 365 € Jahresticket und entsprechende kostengünstige Tagestickets eingeführt. Hierzu sind entsprechende Fördermittel bereitzustellen.  ➤ Bürgerinnen und Bürger müssen sich bei Investitionen für Klimaschutz/Energiewendeprojekte je nach "Geldbeutel" beteiligen können (siehe 1.3).	JuSos, Grüne & FFF: Kostenloser ÖPNV für alle. FFF: ÖPNV muss deutlich attraktiver als motorisierter Individualverkehr werden.
1.3	Investitionen in Bürgerhand	Durch die starke Dezentralisierung der Erneuerbaren in Regionen, bietet es sich geradezu an, auch die Gesellschaftsform der zukünftigen "EVUs" vorzugsweise zu dezentralisieren und zu kommunalisieren, wie dies bei Stadtwerken schon immer praktiziert wurde. Folgende Investor-Gesellschaftsformen, die in Bürger-/KMU-Hand bzw. kommunaler Hand sind, sollen bevorzugt gefördert werden (KfW, ISB):  Bürger (GbR)/ Kleine u. mittlere Unternehmen (KMU) mit PV-Anlage auf dem eigenen Dach  Bürgerbeteiligungen über Staatsanleihen (Ökoanleihen) z.B. für Bürger mit Miet- oder Eigentumswohnung  Bürgergenossenschaft, Beispiele: Solar-Bürger-Genossenschaft e.G., VR-Energie-Genossenschaft Südpfalz e.G., Wildpoldsried  Energie-Dienstleistungsgesellschaft, Beispiel: EDG Rheinhessen-Nahe mbH  Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR), Beispiel: Verbandsgemeinde Lingenfeld	Die Privatisierung und Deregulierung der vielen Energieversorger (EVU) in Deutschland in den 1990-iger Jahren von ursprünglichen Anstalten des öffentlichen Rechts (AöR) in eine große Marktkonzentration hat dafür gesorgt, dass die Strompreise für die Verbraucher gestiegen sind. Die Hochspannungsnetze in Deutschland sind auf 4 private Unternehmen verteilt, die zu ca. 60% ausländischen Eignern gehören. Bei EVUs und Netzeignern steht der Profit für die Anteilseigner im Fokus, notwendige Investitionen z.B. für den Netzerhalt wurden auf die lange Bank geschoben. Von öffentlicher Daseinsvorsorge kann nicht mehr die Rede sein!

1.4	Faire Erneuerbare Projekte (Wind, PV)	Für den Bau und Betrieb von größeren Anlagen für Windparks und PV-Freiflächenanlagen sind Mustervereinbarungen für die Gemeinden und Grundstücksbesitzer zu entwickeln (Solidarpakt), die eine faire Verteilung von Risiken und Chancen dieser Projekte ermöglicht. Insbesondere bei Windparks, die große überplante Flächen benötigen und es dabei Auswirkungen auf mehrere anliegenden Gemeinden gibt, sind solche Vereinbarungen erforderlich. Beispiele: LK Rhein-Hunsrück, VG Rheinböllen, Wildpoldsried.	Für die Planung und Genehmigung von z.B. Windparks sind große Anstrengungen auf VG und Kreisebene erforderlich.  D.h. die Gebietskörperschaften gehen für das jeweilige Projekt in Vorleistung (Personal, Finanzen). Die (Anlieger-)Gemeinden und damit die Bürgerinnen und Bürger werden mit möglichen Emissionen (Schlagschatten, Geräusche) beaufschlagt. Um die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern für Erneuerbare-Projekte zu erhöhen/ermöglichen muss deshalb auch ein finanzieller Ausgleich geschaffen werden, insbesondere für die Ortsgemeinden.
2. 1	echnologische N	Maßnahmen	
2.1	Ausbau der Erneuerbaren und Netze	In unserem ISE e.VKonzept "Bis 2040: Raus aus den Fossilen" haben wir den Ausbaupfad der Erneuerbaren (Wind: Onshore/Offshore, PV: Dächer/Freifläche/AGRO-PV), ausgehend von 2017 und der noch in 2040 benötigten Energie, ermittelt und die notwendigen Stückzahlen, Kosten und Flächen berechnet (siehe Anlage). Es sind ca. 60 Mrd. €/a in den nächsten 20 Jahren für Deutschland erforderlich! Heruntergebrochen auf RLP (Einwohner) sind es ca.: 3 Mrd. €/a. Klar ist, dass auch der Netzausbau auf allen Spannungsebenen (400V, 20 kV, 110kV, 380kV und HGÜ 800kV) berücksichtigt werden muss. Dabei muss darauf geachtet werden, dass es möglichst keine Abhängigkeit des Ausbaupfades der Erneuerbaren vom Ausbaupfad der Netze geben darf. Hierzu sind entsprechende Studien heranzuziehen bzw. zu erstellen. Um diese Mammut-Aufgabe des Ausbaus der Erneuerbaren zu bewältigen, sind landesweite Kampagnen mit Internetunterstützung bei den Kommunen (LKs, VGs und Ortsgemeinden) den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft erforderlich, um die notwendigen Investitionen in Gang zu setzen!  Voraussetzung dafür sind der geplante Transformationsprozess (siehe 1.1) und der Ziel- und Umsetzungsprozess (siehe 3.1.).	Nur mit einem ordentlichen Projekt kann diese Riesen- Herausforderung gemeistert werden. Dabei darf es kein Spiel mit dem "Schwarzen Peter" geben, z.B. Netzausbau gegen Erneuerbare. Die jährlichen Investitionskosten erscheinen auf den 1.Blick sehr hoch, doch wenn man die Brennstoffkosten unserer Volkswirtschaft für Steinkohle, Erdöl und Erdgas dagegen rechnet (laut BMWi: 66 Mrd./a), dann würde sich jeder ehrbarer Kaufmann für unser Konzept entscheiden. Zumal die Wertschöpfung zum größten Teil in Deutschland bleibt!

2.2	H2-Technologie	<ul> <li>H2 wird mit Strom von den Erneuerbaren in Elektrolyseuren erzeugt. Dabei wird H2 wie folgt verwendet:</li> <li>Als gespeicherte Energie in Kavernen-/Porenspeicher eingelagert oder in Liquid-Organic-Hydrogen-Carrier (LOHC), um über BHKW oder GuD-Kraftwerke wieder ins elektrische Netz zu gelangen (Rückverstromung). Neben den Anwendungen im EVU-Bereich sind auch Lösung für private Haushalte zu konzipieren.</li> </ul>	Die Wasserstoff-Technologie wird im Rahmen des Klimaschutzes und der Energiewende eine tragende Rolle spielen, da H2 sehr viel leichter in größerem Umfang gespeichert werden kann als Strom. Strom und H2 sind die beiden zukünftigen Energieträger.
		<ul> <li>Als Treibstoff für Brennstoffzellen in der Mobilität: PkW, LkW, Busse, Züge, Schiffe und dann auch Flugzeuge.         Tankstellennetze sind aufzubauen.</li> <li>Als Grundsoff für die chemische Industrie.</li> <li>Wegen der volatilen Energieerzeugung der Erneuerbaren und damit der Verfügbarkeit der Energieversorgung, muss die H2-Technologie im Zuge des Ausbaus der Erneuerbaren etabliert werden. Diese Technologie soll dann zum Einsatz kommen, sobald überschüssiger Strom aus den Erneuerbaren zur Verfügung steht. D.h. es sind mit den Herstellern der Elektrolyseure, den Gasproduzenten und der chemischen Industrie entsprechende Konzepte zügig zu erarbeiten. Hierzu ist eine H2-Infrastruktur für chemische Produktion, Mobilität und Speicherung aufzubauen.</li> </ul>	
2.3	AGRO-PV- Anlagen	Um den notwendigen Ausbau bei Freiflächen zu fördern, sind Pilotanlagen für AGRO-PV zu Erfahrungssammlungen bei weiteren landwirtschaftlichen Produkten wie Obst- und Gemüsebau und auch beim Weinbau (z.B. Riesling) erforderlich. Erfahrungen von den Pilotanlagen in Heggelbach am Bodensee und Dirmingen im Saaland können dazu verwendet werden.	Beim Ausbau der Erneuerbaren ist neben den Windrädern die PV die zweite wichtige Säule. Da die vorhandenen Dachflächen den notwendige Ausbaubedarf nicht abdecken können, müssen Freiflächen-Anlagen einen Großteil beisteuern. Hier entsteht nun ein Konflikt zwischen Nahrungsmittel- und Energieerzeugung: "Brot gegen Strom". Doch bei den aufgeständerten Solarmodulen von AGRO-PV-Anlagen (5m über dem Boden) wird eine

ISE e.V.: Runder Tisch mit Jusos, JU, JuLis, Grüne Jugend, "Klimaschutz/Energiewende" am 07.11.2019 in LD

			Doppelnutzung der landwirtschaftlichen Flächen möglich, die diesen Konflikt entschärfen kann. Dabei entstehen zwei Vorteile: Die Landwirte werden nun auch Energiewirte und erschließen sich damit eine weitere Einnahmequelle. Darüber hinaus können mittels AGRO-PV-Anlage empfindliche landwirtschaftliche Produkte gegen übermäßige Sonnenstrahlung geschützt werden. Außerdem könnten AGRO-PV-Anlagen Landwirte während der Umstellung von konventionellem zum Bio-Landbau finanziell unterstützen. Ein Anteil von 20% Bio-Landbau ohnehin erklärtes Ziel der Bundespolitik.
2.4	Virtuelles Kraftwerk	Mit einem virtuellen Kraftwerk sollen Erneuerbare (Wind, PV, Biomasse) so miteinander gekoppelt und gebündelt werden, dass eine Einheit entsteht, die ein Maximum an Verfügbarkeit erreicht (ideal: 8760h/a). Dabei soll mittels Elektrolyseure Wasserstoff zur Energiespeicherung und für die Mobilität erzeugt werden. Darüber hinaus soll mit Wärmeauskopplung eine weitere Sektor-Kopplung erzielt werden.  → Beispiel: Energiepark Pirmasens-Winzeln	Die bisherige partielle Optimierung der verschiedenen Erneuerbaren schmälert die Potenziale des gesamten Erzeugungsbereiches. Mit den virtuellen Kraftwerken wird einerseits der Autarkiegrad der Regionen gestärkt und andererseits der evtl. notwendige Energietransport zwischen Regionen minimiert. Dies führt auch zu einer verbesserten Netzstabilität.
2.5	Sektorkopplung	Bei komplexen Gebilden zeigt sich systemisch, dass die Summe von partiellen Optimierungen nicht gleichzeitig das Optimum des Gesamtgebildes ist. D.h. es muss untersucht werden mit welchen Wechselwirkungen die beteiligten Sektoren untereinander Synergien bilden können, um ein Gesamtoptimum zu erreichen! Folgende Sektorkopplungen sind mit entsprechenden Projekten zu entwickeln und zu unterstützen:  Power-to-Heat (P2H). Hier sind 4 Formen zu nennen: - Zentrale Anwendung ist die Wärmepumpe, bei der Strom genutzt wird, um Wärme zu erzeugen.	Sektorkopplung bzw. Sektorenkopplung ist in den letzten Jahren in der Energie- und Klimapolitik als neue Begrifflichkeit aufgetaucht. Der hohe politische Stellenwert der Sektorkopplung in der heutigen energiepolitischen Diskussion spiegelt sich unter anderem im Klimaschutzplan 2050 und in dem Grünbuch Energieeffizienz wider. Sektorkopplung soll einen entscheidenden Beitrag zur Erreichung ambitionierter Klimaschutzziele durch den verstärkten Einsatz von erneuerbarem Strom in den Sektoren Verkehr, Wärme und Industrie zur Substitution von fossilen Energieträgern leisten.

- Überschussstrom kann mittels Direktheizung ("Tauchsieder") in Wärme umgewandelt werden.
- Mit der bereits bekannten Kraft-Wärme-Kopplung werden Stromerzeugung (BHKW, GuD) direkt mit Nahwärmenetzen gekoppelt. Diese Sektorkopplung muss im Altbestand von urbanen Quartieren vorangetrieben werden (siehe 2.6.), um dort fossilfrei zu werden.
- Mit zentralen Wärmespeichern, die Bestandteil von Nahwärmenetzen sind, kann überschüssiger Strom aus Erneuerbaren als Wärmeenergie gespeichert werden.
- Power-to-Gas (P2G) ist das zentrale Kopplungselement zwischen Stromund Gasinfrastruktur. Hiermit sollen
  - Saisonalspeicher mit H2 und/oder Methan befüllt werden. Die Infrastruktur mit Gasnetz und Gasspeicher ist bereits vorhanden. Die Rückverstromung soll über BHKWs mit Methan oder H2 (Brennstoffzelle) und/oder über vorhandene GuD-Kraftwerke erfolgen.
  - H2 für die Mobilität bereitgestellt werden (siehe P2M)
  - Wasserstoff für chemische Produkte bereitgestellt werden. Diese Schlüsseltechnology für die fossilfreie Zukunft ist massiv zu fördern!
- <u>Power-to-Mobility (P2M).</u> Zwei Energieformen stehen für die Mobilität im Vordergrund:
  - Strom kann direkt zum Laden von Elektrofahrzeugen genutzt werden, auch die systemdienliche Rückspeisung von Batterien in das Stromnetz ist denkbar.
  - Mit Wasserstoff oder Methan aus Power-to-Gas-Prozessen können klimaneutrale Fahrzeuge betrieben werden. E-Fahrzeuge mit Brennstoffzellen oder auf Basis von verdichtetem (CNG) oder verflüssigtem Gas (LNG) sind heute bereits verfügbar. Mittelfristig ist diese Technologie auch im Schiffs- und Flugverkehr möglich. Letztlich

Jusos: Die Energiewende ist eine Geschichte von Innovationen. Jahr für Jahr werden neue Lösungen präsentiert, wie neue Speichersysteme aussehen könnten: Verfahren wie power-to-liquid oder power-to-gas sind in der Theorie alle bereits erdacht, in der Praxis allerdings über den Laborversuch hinaus kaum zu finden. Um diesen und weiteren Systemen die Entwicklung hin zur Serienfertigung und damit zur Marktreife zu ermöglichen, fordern wir daher, dass der Bund ein Programm zur Förderung von 1000 Pilotprojekten ausloben möge. Hierbei sollen sowohl Haushaltslösungen als auch industrielle Anlagen gefördert werden.

Mit Hilfe dieser Speicherlösungen wäre ein saisonaler Energieausgleich genauso möglich wie eine Nutzung außerhalb des Stromsektors (z.B. im Verkehrssektor). Hierdurch wandeln wir die jetzige Stromwende hin zur Energiewende in allen Sektoren. Ferner soll die technische Möglichkeit geprüft werden, inwieweit eneuerbare Energien, die aufgrund von Netzüberlastung abgeregelt worden wären, weiter am Netz bleiben könnten, wenn sie mit einem Speichersystem gekoppelt sind.

		können durch Power-to-Chemicals-Technologien z.B. "Grüne Treibstoffe" auch Übergangslösungen zur CO2-freien Mobilität eingesetzt werden. Hierzu müssen Projekte mit Industrie und Wissenschaft dringend angestoßen und gefördert werden: Tankstellennetze für Strom und H2 sind weiter aufzubauen!	
2.6	Wärmewende	<ul> <li>Allgemeine Maßnahmen</li> <li>Mit Informations- und Kommunikationsmaßnahmen soll auf die Notwenigkeit der Energieeinsparung im Wärmebereich hingearbeitet werden. Dazu ist die Verbreitung von handlungsrelevantem Wissen über Umsetzungs- und Fördermöglichkeiten zur Steigerung der Energieeffizienz und der Nutzung Erneuerbarer Energien zu intensivieren.</li> <li>Neben Effizienzmaßnahmen und der Nutzung Erneuerbarer Energien im Gebäude ist auch der Einsatz nachhaltiger Baumaterialien von Bedeutung. Denn nicht nur die im Gebäude verbrauchte Energiemenge soll möglichst klein sein, sondern auch die, welche für Herstellung, Transport, Lagerung und Entsorgung von Baumaterialien benötigt wird.</li> <li>Maßnahmen im Neu- und Altbau</li> <li>Neubau</li> <li>Bei Neubauten und grundlegenden Sanierungen sind Heizungen nur noch fossilfrei zuzulassen. → z.B. Bebauungsplan, Landesbauordnung, Gebäudeenergiegesetz. Fossilfrei bedeutet, es darf nicht mit Öl, Erdgas, oder Kohle betrieben werden.</li> </ul>	Bei der Betrachtung des Endenergieverbrauchs spielt der Wärmesektor eine wesentliche Rolle. 56 Prozent des Endenergieverbrauchs in Deutschland entfallen auf den Anwendungsbereich Wärme und Kälte Zur Erreichung der energie- und klimapolitischen Ziele ist künftig ein stärkerer Fokus auf den Wärmemarkt notwendig, da hier der größte Hebel zur Energieeinsparung vorliegt!  Grüne Jugend: CO2-neutral als Zusatz.  Jusos: Das Sparen von Energie im Wohnumfeldbereich ist eine wichtige Maßnahme den Energieverbrauch der Bevölkerung schrittweise zu reduzieren -das Land geht hier schon größtenteils den richtigen Weg. Die angestoßenen Modellprojekte wie die Passivhausanlage in Kaiserslautern – Erfenbach welches die Wertung "Projektziel übertroffen" bekommen hat, oder die 30 Wohneinheiten im 51-Passivhausprojekt in Wittlich belegen dies. Dennoch sollte es mehr von solchen Projekten, grade auch für Geringverdiener, geben. Deswegen möchten wir die Zuständigen ermuntern, noch mehr, grade im Mietwohnungsbau und bei den Studierendenheimen, zu
		<ul> <li>Jusos: <u>Stärkere Förderung von Passiv- und Plus-Energie-Standards</u></li> </ul>	Mietwonnungsbau und bei den Studierendenneimen, zu

Formatiert: Einzug: Links: 0,63 cm, Aufgezählt + Ebene: 1 + Ausgerichtet an: 0 cm + Einzug bei: 0,63 cm

- Jusos: Bessere Beratung zu Neubau, energetischer Sanierung und Fördermöglichkeiten
- Jusos: Keine Förderungen mehr für Hocheffizienz-Heizungen mit fossilen Energieträgern (wenn Alternativen vorhanden sind).
- Altbau (Bestand)
  - Die energetische Gebäudesanierung von Bestandsgebäuden muss vorrangig durchgeführt werden. Dabei ist die Sanierungsrate auf mehr als 2%/a zu erhöhen.
  - Da in vielen Haushalten nicht genügend Ersparnisse vorhanden sind, um energetische Sanierungsmaßnahmen an Gebäude und/oder Heizung vorzunehmen, ist ein effizientes Contractingsystem mit kompetenten Partnern (z.B. lokale Energieversorger) aufzubauen und zu fördern.
  - In Rheinland-Pfalz sollen vorhandene effiziente
     Wärmenetzstrukturen weiterentwickelt, der Ausbau neuer effizienter Wärmenetze (z.B. Nahwärmenetze und Mikronetze, kalte Nahwärme etc.) gefördert sowie die Einspeisung von Wärme aus Erneuerbaren Energien (bspw. aus solarthermischen Anlagen) und Abwärme (bspw. aus Produktionsprozessen) gestärkt werden.
     Zudem sind in die Planung effizienter Wärmenetze ausreichend dimensionierte Wärmespeicher mit einzubeziehen. Im Einzelfall muss die Wirtschaftlichkeit sorgfältig überprüft werden.
  - Beim Heizungsaustauch von alten Öl/Gasheizungen ist vorrangig die Umstellung auf Hybridheizungen (Wärmepumpe/Gas) oder BHKW umzurüsten.

Diese Maßnahme muss staatlich gefördert werden.

investieren, damit auch diejenigen vom Energiesparen profitieren können, die am wenigsten Geld zu Verfügung haben. Die Kosten dieser Maßnamen dürfen nicht auf die Mieter umgelegt werden.

3. N	B. Maßnahmen zu Methoden und Werkzeuge		
3.1	Ziel- und Umsetzungs- prozess	Die im Klimaschutzabkommen von Paris von fast allen Staaten der Erde vereinbarten Ziele müssen in Deutschland von der Bundesebene über die Bundesländer bis zu hin zu den Kommunen und der Wirtschaft heruntergebrochen und als entsprechende verbindliche "Top-down-Ziele" zwischen den Ebenen vereinbart werden.  Die erarbeitenden Ergebnisse müssen dann "Bottom-up" jeweils zu den übergeordneten Ebenen aggregiert und berichtet werden.	Apelle, CO2-Bepreisung und Marktmechanismen werden die Herausforderungen zum/zur Klimaschutz/Energiewende allenfalls positiv begleiten. Umsetzen werden diese Ansätze jedoch das gigantische Vorhaben nicht! Deshalb ist ein nationales, ordnungspolitisches Projekt mit Planungs- und Controllinginstrumenten über alle Ebenen hinweg dringend erforderlich (siehe 3.2).  Kommentar  Jusos, Grüne Jugend: Sanktionen für Nichteinhaltung der Ziele wichtig.
3.2	Der Energiesteckbrief als Planungs- und Controlling- Werkzeug	Der "Energiesteckbrief" muss für alle Ebenen (Bund, Länder, Kommunen und Wirtschaft) als durchgängiges Planungs- und Controlling-Werkzeug implementiert werden. Damit werden systematisch für alle Endenergiesektoren Industrie, Verkehr, Haushalte und Gewerbe/Handel/Dienstleistung folgende Daten ermittelt, zusammengestellt, jährlich verfolgt und bei Bedarf angepasst (ein "Projekt-Regelkreis"):  Energiebedarf 20179 und 2040  Aktueller Bestand der Erneuerbaren (ab 20179)  Noch nicht umgesetzte Potenziale  Maßnahmen (Was?, Wer?, Wann?)	Die bisherige Vorgehensweise ist von Vielfalt und Willkür geprägt. Dabei werden keine "bösen Absichten" vermutet, sondern ein Ergebnis eines nicht professionellen Projektmanagements. Es gibt kein abgestimmtes, über alle Ebenen hinweg konsistentes Konzept. Gerade im Föderalismus ist Abstimmung dringend notwendig! Wir dürfen die Erfolge nicht dem Zufall überlassen, sondern wir müssen Erfolge planen!
3.3	Das Plus-Energie- Konzept	Ganz Deutschland mit seinen Gemeinden (VGs), Kreisen, Regionen und Bundesländern sowie der Wirtschaft sollen ihren gesamten Energie-Bedarf vollständig eigenständig aus Erneuerbaren decken. Da diese Vision nicht in	Es ist offensichtlich, dass Großstädte mit verdichteten Siedlungsgebieten und großen Industrie- und Gewerbeflächen kaum in der Lage sind, unter den

		allen Gemeinden (VGs), Kreisen, Regionen und Bundesländern umsetzbar ist, wie z.B. in Großstädten oder Stadtstaaten, müssen andere Gebietskörperschaften den Ausgleich schaffen! → "Plus-Energie-Gebietskörperschaften".  Im Gegenzug müssen die "Minus-Energie-Gebietskörperschaften" entsprechende Investitionen bei den Energielieferanten tätigen.	gesetzlichen Vorgaben und mit Akzeptanz der Bevölkerung sich selbst regenerativ zu versorgen. Dagegen müssen ländliche Gemeinden unter Ausschöpfung aller Potentiale einen Überschuss (Plus-Energie) erwirtschaften. Beispiel: Wildpoldsried In Anlehnung an Art. 72 GG "Gleichwertige Lebensverhältnis im Bundesgebiet" soll auch im Energiebereich bei den Erneuerbaren ein Ausgleich von EE-
			Potenzialen und finanziellen Ressourcen geschaffen werden.
		Weitere Themen der Jusos	
4.1	Regionalität	Alle sind sich einig: Regionalen Produzenten und Dienstleistern ist stets der	
	<u>fördern</u>	Vorzug zu geben.	
<u>4.2</u>	Öffentlichkeits-	Das Thema muss überall hin und in alle Köpfe.	
	<u>arbeit</u>	Z.B. in Radio- und TV-Werbung	
		Festes Fach im Lehrplan?	
		Wer Neubau oder Sanierung anmeldet, soll automatisch direkt über	
		Energieeinsparung, Erneuerbare Energie und Förderungen informiert	
		werden.	
<u>4.3</u>		<u>Bürokratieabbau und Barrierefreiheit auf allen Ebenen zu Gunsten</u>	
		klimafreundlichen Bauens, Handelns etc	
4.4		Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen über den "Kommunalen	Jusos: Belohnung von Investitionen über den "Kommunalen
		Entschuldungsfond".	Entschuldungsfond" (KEF), da Energieeffizienzmaßnahmen
			als langfristig wirtschaftliche Investition gesehen werden
			können. In diese Maßnahmen wird auch explizit der Einsatz von PV-Anlagen zur Eigenstromversorgung bei geeigneten
			öffentlichen Einrichtungen (Uni-Mensa, Feuerwehr) mit
			einbezogen.
			Das Ziel: Kommunen, wo bisher die Initiative fehlte, eine
			Anschubhilfe geben; in der Art – "Es wird von oben
			vorgegeben, jetzt müssen wir auch etwas machen". Dabei
			sollen jedoch keine festen Zielvorgaben gemacht werden.

SE e.V.: Runder Tisch mit Jusos, JU, JuLis, Grüne Jugend, "Klimaschutz/Energiewende" am 07.11.2019 in LD		
	Im Gegensatz zu anderen Fördertöpfen wie der Energieeffizienzfonds der Bundesregierung hätte der Weg über den KEF einen zusätzlichen sozialpsychologischen Effekt. Kommunen bekommen dadurch die Möglichkeit, trotz Kontrolle durch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) etwas zu investieren und langfristig davon zu profitieren. Statt einen Anteil in den KEF einzubezahlen (welcher dann vom Land getragen wird), werden lokal Investitionen getätigt und sich damit den "Sparauflagen" zum Teil entzogen. Wir erwarten dadurch eine höhere Umsetzungsbereitschaft in den betroffenen Kommunen.	